Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10–12 Uhr.
Nachmittags 5–6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche,
Katharinenstr. 23 part. und Königsplatz 7, nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen (in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut uns. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherm Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 47. Sonnabend den 16. Februar 1889. 83. Jahrgang.

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen
Sonntag, den 17. Februar, Vormittags nur bis ½9 Uhr
geöffnet.
Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Nachdem die am 4. December vor. Js. zur Verpachtung versteigerten städtischen Wiesen theils den Höchstbietern zugeschlagen worden sind, theils darüber anderweit verfügt worden ist, werden in Gemäßheit der Versteigerungsbedingungen die unberücksichtigt gebliebenen Bieter hiermit ihrer Gebote entlassen.

Leipzig, den 12. Februar 1889.

Der Rath der Stadt Leipzig.
II. 550. Dr. Georgi. Krumbiegel.

Bekanntmachung.

Auf sein Ansuchen ist
Herr **Ferdinand Bruno Kirbach**, Lehrer,
Berliner Straße 42, hier,
aus dem von ihm bisher bekleideten Amte eines Armenpflegers im 8./10. Districte entlassen worden.
Wir sprechen ihm hiermit unseren Dank für die unserem Armenwesen gewährte Mitwirkung aus.

Leipzig, am 13. Februar 1889.

Das Armen-Directorium.
Ludwig-Wolf. Artus.

Städtische Sparcasse

beleiht Werthpapiere unter **günstigen Bedingungen.**

Leipzig, den 14. Januar 1889.

Die Sparcassen-Deputation.

Städtische Realschule, Nordstraße 37.

Mittwoch, den 20. Februar, früh 8 Uhr **Aufnahmeprüfung.** Papier und Feder sind mitzubringen. Die Aufnahmeprüfung im Hauptgebäude umfaßt auch die Schüler der **südvorstädtischen Zweiganstalt**, für welche ich übrigens **weitere Anmeldungen** noch jederzeit entgegennehme. Dr. Pfalz, Director.

Steckbrief.

Gegen den Fleischer **Franz Julius Springer**, geboren in Hainichen bei **Chemnitz** am 6. Juni 1863, evangelisch, zuletzt in **Halle a/S.** wohnhaft, welcher flüchtig ist, ist die Untersuchungshaft wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung verhängt.

Es wird ersucht, denselben zu verhaften und in das Gerichts-Gefängniß zu Halle a/S. abzuliefern und zu den Strafprocess-Acten — M. I 145/88 — Nachricht zu geben.

Halle a/S., den 11. Februar 1889.

Königliche Staatsanwaltschaft.

Steckbrief.

Gegen den unten beschriebenen Handelsmann **Eduard Jacoby** aus Dessau, welcher flüchtig ist, ist die Untersuchungshaft wegen Hehlerei verhängt.

Es wird ersucht, denselben zu verhaften und in das Amtsgerichts-Gefängniß zu Jeßnitz in Anh. abzuliefern.

Jeßnitz, den 14. Februar 1889.

Herzogliches Amtsgericht.
Sanftenberg.

Beschreibung. **Alter:** 42 Jahre. **Größe:** ca. 1,68 m. **Statur:** kräftig. **Haare:** schwarz. **Stirn:** niedrig. **Bart:** schwarzer starker Vollbart, Kinn frei, Backenbart kurz geschnitten. **Augenbrauen:** schwarz und stark. **Augen:** braun. **Nase:** groß. **Mund:** groß. **Zähne:** defect. **Kinn:** länglich. **Gesicht:** länglich, hervorstehende Backenknochen. **Gesichtsfarbe:** gesund. **Sprache:** deutsch. **Kleidung:** schwarzer niedriger Filzhut, langer brauner Ueberzieher, dunkelgraue Hose, Stiefeln. Besondere Kennzeichen: schleppender Gang.

Die Vorgänge in Pest.

Das ungarische Parlament hat sich von jeher durch die Neigung zu Ausschreitungen bemerkbar gemacht. Die Ursachen liegen klar zu Tage, sie sind einerseits in dem lebhaften Temperament der Magyaren zu suchen, andererseits in der politischen Unreife derselben. In keiner anderen Volksvertretung Europas begegnet die Regierung gleich ungestümen Fragern in Bezug auf internationale Angelegenheiten; in Zeiten, wo die Regierung mit den größten Schwierigkeiten zu kämpfen hat, wo das unbedingte Geheimniß schwebender Verhandlungen die Voraussetzung des Gelingens ist, treten im ungarischen Reichstage stets zudringliche Abgeordnete auf und quälen die Minister mit Anfragen, die nur durch die geschicktesten Antworten unschädlich gemacht werden können. Tisza hat in dieser Beziehung einen ganz erstaunlichen Grad von Gewandtheit bewiesen; er hat die Frager zufriedengestellt und dennoch das Geheimniß bewahrt, dessen Hütung ihm anvertraut war, er genießt deshalb bei seinen Parteigenossen die größte Verehrung und hat sich die Hochachtung aller europäischen Regierungen erworben. Nun sollte man denken, daß eine in jeder Hinsicht vorzügliche Amtsführung, wenn sie durch so glänzende persönliche Eigenschaften unterstützt wird, wie sie Tisza aufzuweisen hat, als da sind: liebenswürdige Formen, ungewöhnliche Redegabe, fast unfehlbare Schlagfertigkeit, dabei unerschütterliche Ruhe und Besonnenheit bei stürmischen parlamentarischen Auftritten, zu wachsender Anerkennung der hohen Verdienste des Mannes bei seinen Landsleuten führen und seine Volksthümlichkeit täglich fester begründen sollte. Das ist aber seltsamer Weise nicht der Fall, wie die Verhandlungen des Abgeordnetenhauses über die Wehrgesetzvorlage gezeigt haben. Die politischen Gegner Tisza's sind seiner Alleinherrschaft überdrüssig und wollen selbst die Staatsregierung leiten. Die Grafen Apponyi, Zichy, Karolyi und Andere sind der Meinung, daß sie ihre Fähigkeit zur Regierung des Landes auch einmal praktisch erweisen sollen, damit die Magyaren sehen, daß es auch außer Tisza noch tüchtige Männer im Staate giebt. Leider würde aber ein solcher Umschwung von Folgen begleitet sein, welche sich mit den Aufgaben und Zielen der Gesammtmonarchie Oesterreich-Ungarn nicht vereinigen lassen, und deshalb müssen es sich die Vertreter der Minderheit an lärmenden Scenen genügen lassen, wenn sie ihrem Unmuth Ausdruck geben wollen.

Schlechter konnte der Zeitpunct zur Kundgebung der üblen Laune der Opposition nicht gewählt werden, als während der Anwesenheit des von Gram gebeugten Kaisers und Königs in der ungarischen Hauptstadt. In seiner bekannten milden und herzgewinnenden Weise hatte denn auch Kaiser Franz Joseph beim Empfange der Präsidenten der beiden Häuser des Parlaments die Erwartung ausgesprochen, daß die Volksvertretung in dieser trüben Zeit mit weiser und besonnener, den Anforderungen der Lage entsprechender Auffassung seine Absichten und seine Regierung, welche sein volles Vertrauen besitze, in dem gemeinsamen Interesse Aller unterstützen werde zum Wohle des Vaterlandes und der Monarchie. Und damit auch die Ruhestörer von Beruf sich nicht darüber beklagen könnten, daß sie nicht rechtzeitig gewarnt worden wären, äußerte der Kaiser dem Oberbürgermeister von Pest gegenüber, er hoffe, daß die Hauptstadt zur Linderung der Trauer des Königspaares durch ihre Haltung die jederzeit bethätigte Anhänglichkeit und Treue beweisen werde.

Leider sind beide Kundgebungen von allerhöchster Stelle in den Wind geschlagen worden. Der Vertreter der Opposition im Abgeordnetenhause Ugron machte am folgenden Tage dem Ministerpräsidenten zum Vorwurf, daß er jede Gelegenheit benutze, um den König in den Parteikampf zu ziehen und ihm Reden in den Mund zu legen, die nur bestimmt sein könnten, auf die Wahlen einzuwirken. Als diese Worte die gebührende Zurückweisung von den Mitgliedern des Hauses und vom Präsidenten desselben erfahren hatten, unterfing sich Ugron, zu sagen, daß eine Regierung, welche sich mit der Autorität des Königs decke, die Krone unpopulär mache und die Verachtung der Nation verdiene. Tisza erwiderte: Die Antwort des Königs auf die Beileidsbezeigungen des Parlaments ist nicht ein politischer Act, der im Einvernehmen mit dem Rathgeber der Krone geschehen ist, diese Minorität macht den Bestand des parlamentarischen Systems durch ihre Agitation unmöglich. Schließlich sprach Tisza die Bitte aus, den Vorfall zu schließen und zur Tagesordnung überzugehen, was unter dem lebhaften Beifall des Hauses geschah. Eine Ausschreitung wie die vom Abgeordneten Ugron begangene ist selbst im ungarischen Parlament, wo man doch schon so Manches erlebt hat, was anderswo nicht vorzukommen pflegt, unerhört, und man sollte glauben, daß nun das Maß voll sei und daß jetzt ein anderer Ton sich Geltung verschaffen werde. Aber diese Hoffnung erscheint nach den bisherigen Erfahrungen nicht berechtigt, sobald die Verhandlungen über das Wehrgesetz an die bestrittenen Abschnitte kommen, werden nun stürmische Auftritte folgen und nicht eher ein Ende nehmen, als bis das Gesetz glücklich unter Dach und Fach gebracht ist. Das ist nun einmal so die übliche Art und Weise im ungarischen Parlament, und Tisza ist darauf vorbereitet, daß es nicht anders geschehen kann. Auch den Pester Studenten ist ein sehr wohl verdienter Lohn nicht erspart worden. Als sie noch am Abend des Tages, an welchem der König die Präsidenten der beiden Häuser des Reichstages empfangen hatte, dem Polizeipräsidenten eine Katzenmusik brachten, wurden sie von der mit gezogenem Säbel anrückenden Polizeimannschaft auseinander getrieben und zahlreiche Verhaftungen vorgenommen, außerdem wurde bekannt gemacht, daß jede Ansammlung verboten sei und sofort polizeiliche Ahndung veranlassen werde.

Es ist kaum anzunehmen, daß die Ruhe des Kaiserpaares während seines Aufenthaltes in Pest noch eine Störung erleiden wird, aber man kann sich nicht verhehlen, daß Zustände wie die, welche seit Monaten in der ungarischen Hauptstadt eingerissen sind, auf die Dauer nicht fortbestehen können. Man fragt sich vergeblich, wodurch sie hervorgerufen wurden, denn die Forderung, daß die Prüfung der Reserveofficiere in deutscher Sprache abgelegt werden muß und daß das Recrutencontingent auf 10 Jahre festgestellt werden soll, wie es bereits bisher geschehen ist, kann doch unmöglich Vorgänge erklären, die sich als Aufstand kundgeben. Leider ist es unverkennbar, daß die Zugeständnisse, welche im Laufe einer langen Reihe an die Magyaren gemacht worden sind, diese zum Uebermuth getrieben und sie in der Auffassung bestärkt haben, daß sie nur zu fordern haben, um der Erfüllung ihrer Forderungen sicher zu sein. Die ungarische Opposition strebt einen Grad von nationaler und politischer Freiheit an, der ihnen niemals gewährt werden kann, ohne den staatlichen Zusammenhang der Gesammtmonarchie aufzulösen. Das deutsche Element mag durch die Nationalitätspolitik der letzten zehn Jahre zeitweise in den Hintergrund gedrängt sein, die Thatsache wird dadurch nicht aus der Welt geschafft, daß es den Kitt bildet, welcher alle Nationen des österreichisch-ungarischen Staatswesens zusammenhält. Die Pflege der deutschen Sprache wird durch den neuen ungarischen Unterrichtsminister Czaky mit der Thatkraft und Sorgfalt betrieben, welche diesem wichtigen Unterrichtszweige zukommt, und diesem Einfluß kann sich auch das ungarische Parlament auf die Dauer nicht entziehen. Der Dualismus verbürgt die Aufrechthaltung der ungarischen Eigenart, er bedeutet aber nicht die Zerreißung der Monarchie in zwei getrennte Hälften, von denen jede ihren eigenen Weg geht.

Leipzig, 16. Februar.

* Die Vorlage in Betreff der Verstärkung der Artillerie wird dem Reichstage am 24. d. M. zugehen und soll Anfangs März behufs schleuniger Ausführung im Plenum berathen werden.

* Am Donnerstag an der Berliner Börse verbreitete Tendenzgerüchte über ein angebliches Demissionsgesuch des Fürsten Bismarck werden der „Nationalzeitung" wie auch von Anfang an angenommen werden mußte, als „reiner Humbug" bezeichnet.

* Aus Pest, 14. Februar, wird gemeldet: Anläßlich des Berichtes des Präsidenten des Abgeordnetenhauses über die gestrige Audienz bei dem Kaiser wirft Ugron der Regierung vor, die Krone zu Kundgebungen veranlaßt und die Trauertage ausgebeutet zu haben und bezeichnet das Vorgehen als einen Wahlkniff, was stürmische Proteste und Tumult auf der Rechten hervorrief. Der Redner wird zur Ordnung gerufen. Ministerpräsident Tisza verwahrt sich auf das Entschiedenste, einer noch so lärmenden Minorität oder einer von außerhalb des Hauses kommenden Pression nachzugeben, erinnert an die Gebote des Parlamentarismus und Constitutionalismus und versichert, weder er, noch die Regierung wollten die gegenwärtige traurige Lage zu eigenem Vortheile ausnützen. Schließlich bittet der Ministerpräsident den Vorfall zu schließen und zur Tagesordnung überzugehen. Das Haus stimmt dem Antrag zu. (Lebhafter Beifall.) — Berathung der Wehrvorlage. Ein Antrag Szederkenyis, die Vorlage von der Tagesordnung abzusetzen, bis die Regierung für Aufhebung der angeordneten militairischen und polizeilichen Maßnahmen Garantien geboten habe, wird abgelehnt. In der Specialberathung wird sodann die Vorlage unter Ablehnung aller Amendements bis §. 8 angenommen.

* Der Canton Tessin ist klein, er zählt nur 130 000 Einwohner, dennoch hat er für die Schweiz hohe Bedeutung, weil er eine Hochburg des Ultramontanismus ist. Bis 1873 gehörte Tessin zu den liberalsten Cantonen, die im Jahre 1872 vorgenommene Revision der Bundesverfassung führte einen Umschwung herbei, weil die liberale Regierung die Reform begünstigt hatte, die dem Volke aber wegen der Beschränkung der cantonalen Souveränetät mißfiel. Infolge dieser mit der inneren Regierung in gar keinem Zusammenhang stehenden Mißstimmung siegte bei den 1873er Großrathswahlen die ultramontane Partei, und als eine fromme Regierung erst die Macht in Händen hatte, war sie fest entschlossen, dieselbe festzuhalten, und dieser der Kirche genehme Zweck heiligte alle Mittel. Alle Aemter wurden mit Ultramontanen besetzt, und die Staatscasse sorgte gut für die Freunde Roms. Allmälig erstarkte die liberale Partei wieder, aber mit dem Anwachsen ihrer Stimmenzahl wuchs auch die Rücksichtslosigkeit der ultramontanen Regierung, die zuletzt vor keiner Gewaltthätigkeit zurückschreckte, die Liberalen niederzuhalten. Bei den letzten Wahlen des Großen Raths 1885 hatten letztere doch schon 10 900 Stimmen gegen 12 600 der Regierung zusammengebracht. Am 3. März d. J. finden die Neuwahlen statt, und viele Anzeichen sprechen dafür, daß die letzte Stunde des ultramontanen Regiments geschlagen hat. So war im Januar von einem Liberal-Conservativen eine Broschüre erschienen, in der die finanziellen Leistungen der ultramontanen Regierung beleuchtet und nachgewiesen wurde, daß die Ultramontanen innerhalb der ersten 11 Jahre ihrer Regierung 5 700 000 Francs mehr verausgabt hatten, als die Liberalen in den letzten 11 Jahren, in denen sie am Ruder waren. Die Schrift machte besonders in den Kreisen der Liberal-Conservativen, d. h. der Schwankenden, der Opportunisten, einen tiefen Eindruck, den die Regierung dadurch nicht verwischen konnte, daß sie sich von ihrer gefügigen Mehrheit im gegenwärtigen Großen Rath ein Vertrauensvotum ertheilen ließ. In der Erörterung darüber war die Ueberlegenheit auf Seiten der Liberalen, welche, als die Regierung die Angaben der Broschüre für Lügen erklärte, nachweisen konnten, daß diese Lügen den von der Regierung veröffentlichten Staatsrechnungen entnommen seien. Ihre moralische Niederlage machte die Regierung noch besorgter wegen der Ergebnisse des 3. März und veranlaßte sie, zu dem ärgsten Mittel, die Wahlen zu fälschen, zu greifen. Am 5. Februar lief die gesetzliche Frist für die Berichtigung der Wahllisten ab. In der allerletzten Stunde veranlaßte die Regierung die Streichung von ungefähr 1700 Wählern aus den Listen, wofür verschiedene Gründe als Vorwand dienen mußten. Bei einem Theil der Wähler wurde behauptet, er habe die Steuern nicht bezahlt, einem anderen gegenüber wurde der feste Wohnsitz bestritten, und dergleichen mehr. Die Betroffenen gehören sämmtlich zur liberalen Partei. Sie werden den Gewaltact nicht ruhig hinnehmen, können sich aber nicht eher an die Bundesbehörden wenden, bis sie bei der Tessiner Regierung Beschwerde geführt haben, wenn auch deren abschlägiger Bescheid vorauszusehen ist. Es fragt sich nun, ob alle Instanzen vor dem 3. März durchlaufen werden können.

* Aus Paris, 14. Februar, wird noch ausführlicher gemeldet: Deputirten-Kammer. Douville-Maillefeu hob bei Begründung seines Antrags, die Berathung der Revisionsvorlage zu vertagen, hervor, daß mit dem heutigen Tage eine neue Wahlperiode eröffnet sei. „Ueberlassen wir es dem Volke, anzuzeigen, welche Art der Revision es will, und verlieren wir keine Zeit damit, über eine in keiner Weise fest bestimmte Frage zu verhandeln. Treiben wir keine Politik der Eigenliebe, sondern eine Politik des gesunden Menschenverstandes." Der Conseilpräsident Floquet wies darauf hin, daß das Cabinet beschlossen habe, die Revisionsvorlage nach der Abstimmung über die Wiedereinführung der Bezirkswahlen auf die Tagesordnung zu setzen. Dessenungeachtet wurde von der Kammer die Vertagung der Berathung der Revisionsvorlage, wie bereits gemeldet, mit 307 gegen 218 Stimmen beschlossen. Floquet kündigte darauf an, daß er seine Entlassung einreichen werde. Die Sitzung wurde aufgehoben und die Kammer vertagte sich bis zum Montag.

* Der für den 21. ds. Mts. anberaumte Wiederzusammentritt des englischen Parlaments wird das Cabinet und dessen Anhänger in besserer Gemüthsverfassung finden als das oppositionelle Bundespaar Gladstone-Parnell nebst Genossen. Denn der Strom der öffentlichen Meinung geht nach wie vor mit der Regierung und dem von dieser auf den Schild gehobenen Reichsgedanken, während Herr Gladstone auf ganz ähnliche Abwege geräth, welche unsere heimischen Reichsnörgler, den Deutschfreisinn, zum politischen Bankerott geführt haben. Herr Gladstone verfolgt anscheinend nur noch das eine Ziel: Opposition quand même zu machen. Dies hat der Führer der reichstreuen englischen Radicalen, Mr. Chamberlain, kürzlich in Glasgow vor einer zahlreichen Zuhörerschaft so schlagend nachgewiesen, daß die gladstonefreundliche Presse in arge Verlegenheit gerathen ist und sich nur durch Schimpfereien, welche den Kern der Sache gänzlich unberührt lassen, zu entlasten weiß. Das große Publicum aber läßt die „Daily News" und gesinnungsverwandte Blätter nach Herzenslust schimpfen und sieht mit Genugthuung, wie energisch das Cabinet den unbotmäßigen parnellitischen Abgeordneten, den Entrüstungskundgebungen im Londoner Hydepark, den irischen Mondscheinrittern und ihren amerikanischen Helfershelfern gegenüber die Interessen des britischen Reichs zu wahren fortfährt. Es hat das richtige Gefühl, daß der Schwerpunct gegenwärtiger wie zukünftiger Entwickelung nicht in den Zeitungen der Firma Gladstone-Parnell, nicht in der formalrechtlichen Zerlegung des Reichs in seine Einzelbestandtheile liegt, sondern in der planmäßigen kraftvollen Zusammenfassung des Ganzen behufs Vertheidigung der vitalen Interessen des Gemeinwohles. Es hat das Gefühl, daß bei einer etwaigen Rückkehr Gladstone's an die Spitze der Geschäfte dieser sein Augenmerk, zunächst wenigstens, nicht sowohl auf Inaugurirung einer praktischen, nationalen Politik als vielmehr auf Einlösung seiner Verpflichtungen gegen das Parnellitenthum sowie gegen die demagogischen Elemente auf englischem Boden werde richten müssen, ein Verfahren, dessen Nothwendigkeit oder Nützlichkeit, abgesehen von den unbedingten Bewunderern des „grand old man", Niemandem einleuchten will. Der Glasgower Redeerfolg Mr. Chamberlains findet sein Echo nicht nur in den nationalen Kreisen Schottlands, sondern auch Englands und Irlands. Er vervollständigt die s. Z. von Lord Salisbury in Edinburg begonnene Isolirung Midlothians, dieser gladstonianischen Hochburg, von den politisch intelligenten schottischen Bevölkerungscentren, und läßt die Annahme als begründet erscheinen, daß die Tage des Gladstone'schen Uebergewichts auf dem jenseitigen Ufer des Tweed gezählt sein dürften.

* Anknüpfend an die Gerüchte, daß Kaiser Wilhelm beabsichtige, diesen Sommer England zu besuchen, schreibt der „Standard": „Wenn der Kaiser es für angezeigt erachtet, unsere Gestade zu besuchen, so wird er vom Hofe mit einem herzlichen Willkommengruß empfangen werden, der alle Spuren etwaiger Mißverständnisse verwischen wird. Hoffentlich wird der Besuch also erfolgen, und zwar ehe viele Monate verstrichen sind."

* Wie die „Medicinische Wochenschrift" mittheilt, ist ein weiterer Schritt in der Mackenzie-Frage soeben seitens des Royal College of Physicians of London, der ersten medicinischen Corporation in England, geschehen. Dies Collegium wählt jährlich ein sogenanntes „Board of Censors", welches aus vier angesehenen Mitgliedern besteht und dessen specielle Aufgabe es ist, die Ethik in professioneller Beziehung zu überwachen. Dieselben haben nun in der letzten Versammlung des Collegiums folgende Resolution eingereicht, welche gebilligt und angenommen wurde.

„Die Aufmerksamkeit des Censors Board ist auf eine Publication Sir Morell Mackenzie's, betitelt: „Friedrich der Edle und seine Aerzte", gelenkt worden. Obgleich das Censors Board nicht im Stande ist, die verschiedenen Streitfragen darin schiedsrichterlich zu erörtern, so kann es doch nicht umhin, dem College seine große Mißbilligung über den allgemeinen Charakter dieses Buches kundzugeben und sein tiefes Bedauern auszusprechen, daß Jemand, während er ein Mitglied dieses „College" war, sei es auch unter welchen Umständen es sei, Dinge veröffentlichte, welche nicht nur seinen Patienten betrafen, sondern auch Anklagen gegen seine Collegen enthielten, Dinge, welche den Interessen des Publicums nachtheilig sind, da sie das Vertrauen stören, das so nothwendig zwischen Personen ist, die unter einer großen Verantwortung zusammen zu handeln gezwungen sind, Dinge endlich, welche gegen die Ueberlieferungen des gesammten ärztlichen Standes und Gewerbes in der ganzen civilisirten Welt verstoßen."

Auf diese Mittheilung hat der Privatsecretair von Sir Morell Mackenzie die folgende charakteristische Antwort an Sir Henry Pitman, den Registrar des Royal College of Physicians, ergehen lassen:

19 Harley Street Cavendish Square,
4. Februar 1889.

Sir! Sir Morell Mackenzie bittet mich, Ihnen seine Verwunderung darüber auszusprechen, daß Sie ihm in Sachen, betreffend das Royal College of Physicians, geschrieben haben. Er beauftragt mich, Ihnen mitzutheilen, daß Sir Morell Mackenzie absolut kein Interesse an den Vorgängen und an der Meinung des College of Physicians hat. Er ersucht Sie deshalb, als Repräsentant dieser Gesellschaft, in Zukunft gütigst von allen weiteren Belästigungen abzusehen.

Ihr gehorsamer Diener Edward Nainby.

* Dem „Reuter'schen Bureau" wird aus Calcutta gemeldet, daß daselbst den Gerüchten aus Petersburg, der Emir von Afghanistan beabsichtige Feindseligkeiten gegen Rußland, kein Glauben beigemessen werde. Den letzten Meldungen aus Afghanistan zufolge werde der Emir im Sommer nach Kabul zurückkehren und darauf Kandahar besuchen.

Colonialpolitisches.

* Zu dem Thema „Portugal und England an den afrikanischen Seen" schreibt man dem „Hamburgischen Correspondent" von geschätzter Seite:

„Das Lissaboner „Jornal do Commercio" veröffentlicht aus offenbar bestunterrichteten Kreisen einen längeren „Die Nyassa-Frage" überschriebenen Aufsatz, durch welchen die am Nyassa-See bestehende englisch-portugiesische Rivalität beleuchtet und das Verfahren der Engländer daselbst von portugiesischem Standpuncte aus einer scharfen Kritik unterzogen wird. Der Aufsatz hat bereits in der portugiesischen Presse Aufsehen erregt und einen lebhaften Widerhall, verbunden mit heftigen Vorwürfen gegen das Verhalten Englands in der Seen-Frage gefunden. Da es sich um das Hinterland von Deutsch-Ostafrika handelt, so hat der Aufsatz auch für uns Interesse. Wir geben deshalb denselben, soweit er uns bisher vorliegt, nachstehend auszugsweise wieder, indem wir uns vorbehalten, die im Erscheinen begriffenen Fortsetzungen nachzubringen.

Der Artikel führt eingangs aus, wie der Islam in Afrika seit den letzten Jahrzehnten durch das Auftreten der Europäer mit ihren Missionen und Factoreien von allen Seiten angegriffen und zurückgedrängt worden sei. Das arabische Element, insbesondere die arabischen Sclavenhändler hätten sich in Folge dessen an den großen innerafrikanischen Seen concentrirt, und erst sie nach dort durch die englischen Missionen und die englischen Religions- und Handelsgesellschaften angegriffen seien, zu energischer Gegenwehr aufgerafft."

„Indem die englischen Missionaire und Handelsagenten der „African Lakes Company", fährt der Artikel fort, „nach Norden und Nordwesten vorwärts drangen, von Bandawe nach Karonga und nach dem Tanganyika-See, handelten sie unvorsichtig, da durch den Abstand von der Küste sich die Gefahr vermehrte und die Vertheidigung durch Mangel an Unterstützung unmöglich wurde.

Diese Umstände, vermehrt durch den persönlichen Haß, den diese Leute durch die gänzliche Geringschätzung, mit welcher sie den hier die schwarze Rasse behandelt haben, hervorriefen, mußten nothwendiger Weise mit einer harten Züchtigung seitens der Eingeborenen oder auch seitens der Sclavenhändler enden.

Während W. O. Ewan, später in Begleitung von Donald Munro, am 14. April 1885 von Mambera aufbrach, um die westlichen Gebiete zu erforschen und den Paraslinga-Gebirgen sich näherte, dicht an dem Wege, den die Araber nach Katanga zu folgen pflegen, ruhten auch ihre Gefährten im Süden nicht und untersuchten die Flußläufe nach dem Osten zu. Und während vom September bis zum November der Bischof Smythie die Seen zwischen Chire und Rovuma erforschte, den Lauf des Lujenda entlang, drang gleichzeitig vom Rovuma aus Mr. Last vor, indem er, den Lujenda entlang, nach Süden bis Metonia und bis zu den Namuli-Bergen gelangte, im Jahre 1886 das Studium des Likungo folgen ließ und am 6. December endlich nach Quilimane gelangte. In diesem Jahre war Mr. A. Hetherwick als Missionar in Blantyre beschäftigt und erforschte die Mangonia oder [illegible] suchte nach einem Wege zwischen dem Nyassa und dem Meere, und der Consul in Mozambique, H. O. Neill, schrieb am 1. März ein neues Pamphlet gegen Por-